



Chance zum Neubeginn: Deutsch-französische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Bonn

Joachim Schild
Henrik Uterwedde

**Wirtschafts- und
Währungsunion:
neue Gemeinsam-
keiten?**

**Osterweiterung
und institutionelle
Reformen der EU**

**Agenda 2000
und EU-Finzen**

**Voraussetzungen
einer deutsch-
französischen
Relance**

Chance zum Neubeginn: Deutsch-französische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Bonn

Der Regierungswechsel in Bonn hat, wie jeder Regierungswechsel in Deutschland und Frankreich, zumal nach so langer Zeit, in Paris zu neuen Unsicherheiten geführt. Skeptische Stimmen sind, insbesondere in Frankreich, auch von offizieller Seite in ungewöhnlicher Deutlichkeit zu vernehmen (s. Kasten).

Zwischen Skepsis und Hoffnung

¹ Vgl. seinen Beitrag in *Le Monde* v. 5.9.1998.

² S. FAZ v. 19.10.1998, S. 9.

Was ist von der angekündigten „komplex-freien“ Vertretung deutscher Interessen in Europa zu halten, was von einer „pragmatischen Europapolitik“, wie sie der neue Kanzler Schröder in Aussicht gestellt hat? Droht, wie Ex-Staatspräsident Giscard d’Estaing befürchtet, eine „Banalisation der deutsch-französischen Beziehungen“?¹ Wird der kaum für frankophile Neigungen bekannte Hannoveraner Schröder die deutsch-britischen zu Lasten der deutsch-französischen Beziehungen aufwerten? Geht mit dem nun auch in Deutschland vollzogenen Generationswechsel an der Spitze des Staates das Gespür für den herausgehobenen Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen in der Außenpolitik beider Länder langsam verloren?

Gleichzeitig hofft jedoch die sozialistische Regierung Lionel Jospins, in einer SPD-geführten Bonner Regierung einen wichtigen Bündnispartner für eine sozialdemokratisch gefärbte Renaissance der Politik in Europa zu finden. Die Vorstellungen der neuen Regierung in Bonn, insbesondere diejenigen ihres Finanzministers Oskar Lafontaine, stimmen auf einigen zentralen, hochaktuellen europapolitischen Themenfeldern mit den französischen weitgehend überein – jedenfalls in der generellen Zielrichtung. Ob es sich um die makro-ökonomische Steuerung auf europäischer Ebene, um eine aktive europäische Beschäftigungspolitik, um soziale und fiskalische Mindeststandards in der EU oder um die Stabilisierung der Wechselkurse der großen Währungsblöcke geht: Die Schnittmenge zwischen französischen und

den – bislang absehbaren – deutschen Positionen haben sich erheblich vergrößert. Mehr noch: Es besteht eine echte Chance, diese neuen Übereinstimmungen zu einer Revitalisierung einer bilateralen Beziehung zu nutzen, die in den vergangenen Jahren, den Worten der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth zufolge, unter „schleichender Auszehrung“ gelitten haben.²

Inwieweit diese Chance genutzt werden kann, wird sich sehr schnell erweisen müssen. Die europäische und internationale Agenda der nächsten Monate ist prall gefüllt: Start des Euro, Verhandlungen über die Agenda 2000 der EU (Reform der Agrar- und Strukturpolitik), Fortschreibung des Finanzrahmens der Union für die Zeit 2000-2006, Beginn der eigentlichen Verhandlungen mit den ersten EU- Beitrittskandidaten, Maßnahmen gegen die Krise des internationalen Finanzsystems, Washingtoner NATO-Gipfel, Kosovokonflikt.... Diese Agenda verlangt rasche Festlegungen seitens der rot-grünen Koalition, zumal Deutschland im ersten Halbjahr 1999 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt und gleichzeitig den Vorsitz im Rat der Westeuropäischen Union und innerhalb der G-7-Staaten innehaben wird. Die damit herausgehobene internationale Verantwortung Deutschlands und die Schwierigkeit der anstehenden Probleme und Verhandlungen stellen zugleich auch eine Bewährungsprobe für die Qualität der deutsch-französischen Beziehungen und die Fähigkeit beider Länder dar, nach den Mißtönen der vergangenen Monate die Chance zum Neuanfang zu nutzen.

„Vielleicht konnte der Eindruck entstehen, daß unsere Beziehungen ein wenig an Intensität verloren hätten: Die starken Gefühle, die die Versöhnung bei den älteren Generationen ausgelöst hatte, schwächten sich im Lauf der Zeit ab. [...] Deshalb ist die Zeit reif für eine Erneuerung der deutsch-französischen Beziehungen. Wir haben uns verändert. Wir müssen unsere Verbindung neu begründen, sie verstärken, indem wir unsere Arbeitsmethoden und Einrichtungen den Gegebenheiten anpassen, aber auch indem wir die Menschen durch einen Dialog zwischen unseren Kulturen und, im weiteren Sinne, zwischen unseren Gesellschaften einander näherbringen.“

Quelle: Jacques Chirac: Wir müssen unser Verhältnis neu beseelen. Für eine Erneuerung der deutsch-französischen Beziehungen, in: FAZ v. 29.9.1998, S. 5.

„Die persönlichen Beziehungen zu Deutschland sind gut, aber die Lage und damit das Verhältnis sind nicht mehr genau dieselben wie vorher. Ohne daß es jemand gewollt hätte, wichen die französischen und deutschen Interessen in dieser Zeit oft voneinander ab. Das vereinigte Deutschland verteidigt seine Positionen ohne Komplex. [...] Offenbar braucht die deutsch-französische Beziehung einen Aufschwung, was die Form, die Methoden und vor allem die Ziele angeht, ganz unabhängig vom Ausgang der Wahlen.“

Quelle: Rede des französischen Außenministers Hubert Védrine bei der Botschafterkonferenz am 26./27. August in Paris, abgedruckt in: Frankreich-Info (Französische Botschaft, Bonn) Nr. 77 v. 31. August 1998.

„Es (Frankreich) muß vor allem Deutschland neue, ehrgeizigere Wege vorschlagen, um unsere Beziehung und Zusammenarbeit zu stärken. Im Herzen des europäischen Aufbauwerks ist das Verhältnis zwischen Paris und Bonn – morgen zwischen Paris und Berlin – grundlegender denn je. Und dennoch spürt jeder, daß die derzeitigen Strukturen und Abläufe an die neuen Umstände der europäischen Einigung angepaßt werden müssen. [...] Wir müssen die Ziele konkreter fassen und die Mittel unserer Zusammenarbeit überdenken, um unsere Schicksalsgemeinschaft und unsere Fähigkeit, Europa gemeinsam voranzubringen, zu stärken...“

Quelle: Rede des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac bei der Botschafterkonferenz am 26./27. August in Paris, abgedruckt in: Frankreich-Info (Französische Botschaft, Bonn) Nr. 77 v. 31. August 1998.

Wirtschafts- und Währungsunion: neue Gemeinsamkeiten?

³ Vgl. L'Expansion Nr.582 v.8./21.10.98, S.76ff. Die EU-Kommission schätzt das Wachstum der EU für 1998 auf 2,9%, für 1999 auf 2,4%.

Der auf dem ersten Blick deutlichste mögliche Zuwachs an Gemeinsamkeiten nach dem Bonner Regierungswechsel besteht zweifellos in der Wirtschafts- und Währungspolitik. Der Start des Euro am 1.1.1999 steht unter dem Eindruck unsicherer wirtschaftlicher Aussichten. Der Wachstumsprozeß in Europa hat sich verlangsamt und dürfte sich auch 1999 weiter abschwächen, selbst wenn der europäische Wirtschaftsraum weltweit die stärkste Wachstumszone bleibt. Die vollen Auswirkungen der Finanzkrisen in Asien, Lateinamerika und Russland sind derzeit noch nicht abzusehen; aber ein Drittel der Weltwirtschaft befindet sich im Herbst 1998 in einer depressiven Phase, Japan steckt in einer Rezession, und die amerikanische Konjunktur wird schwächer.³ Auch wenn der Euro bereits jetzt stabilisierende Wirkungen zeigt und der neue EU-Wirtschafts- und Währungsraum weniger anfällig gegen internationale Krisen sein dürfte, so liegen Unsicherheiten vor allem in der künftigen

Entwicklung des Dollarkurses begründet. Daraus ergibt sich Handlungsbedarf für die EU nach innen wie nach außen. Dies wird in Paris und - nach dem Regierungswechsel - in Bonn im Grundsatz ähnlich beurteilt.

Dies betrifft zum einen die wirtschaftspolitische Koordinierung im Rahmen der WWU. Nachdem die französischen Forderungen nach einer „Wirtschaftsregierung“ in Form eines formellen Gremiums als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank vor allem bei der alten Bundesregierung auf Widerspruch gestoßen war, konnte auf dem Gipfel von Amsterdam als Kompromiß die Schaffung eines informellen Euro-11-Rates vereinbart werden. Nun kommt es darauf an, diese Konstruktion mit Leben zu erfüllen. Dabei sollte es möglich sein, den bisherigen Dogmenstreit um eine „Wirtschaftsregierung“ zu überwinden; die neue Bundesregierung dürfte den in Ansätzen bereits erkennbaren pragmatischen Kurs fortsetzen und sich einer wirtschaftspolitischen Koor-

4 Vgl. Handelsblatt v.28.9.98, S.1.

5 Vgl. die Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung in diesem Heft.

6 Vgl. dazu auch die Vorstellungen, die im wirtschaftspolitischen Beraterkreis des Premierministers entwickelt worden sind: Conseil d'analyse économique: Coordination européenne des politiques économiques, Paris: La Documentation française 1998.

7 Oskar Lafontaine/Christa Müller: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle, Bonn: Dietz 1998, S.105.

8 „Wir dürfen jetzt nicht versuchen, den Gürtel enger zu schnallen, sondern müssen die Binnenachfrage in ganz Europa stimulieren.“ Spiegel-Gespräch mit Heiner Flassbeck, Der Spiegel Nr. 42, 12.10.98, S.132.

9 Rede von Lionel Jospin auf der Veranstaltung „Europa für Beschäftigung“ der europäischen Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien in Paris am 3.10.98; zit. nach www.france.diplomatie.fr.

10 Vgl. Libération v.14.10.98.

11 Vgl. Financial Times v.20.10.98, S.3.

dinierung nicht weiter entgegenstellen. Auf jeden Fall wird die von Paris gewünschte Aufwertung der einer solchen Koordinierung innerhalb der Eurozone auf der Tagesordnung bleiben und hat sich beispielsweise in der Frage der Außenvertretung der Euro-11-Gruppe neu thematisiert: Frankreich hat - unterstützt von der Mehrheit der teilnehmenden Euro-Mitgliedstaaten - vorgeschlagen, den jeweiligen Vorsitzenden der Euro-11-Gruppe als politischen Sprecher in internationalen Gesprächen und Verhandlungen, z.B. im Rahmen der G7-Treffen, zu ermächtigen, während Bonn die Notwendigkeit einer derartigen politischen Sprecherrolle bislang abgelehnt hat.⁴ Die neue Bundesregierung dürfte den Pariser Wünschen mehr entgegenkommen, hat sie sich doch dafür ausgesprochen, „die europäische Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aktiv voranzutreiben.“⁵

Aber welches inhaltliche Konzept liegt einer solchen Koordinierung zugrunde? Die französische Regierung hat die von der deutschen Seite durchgesetzten strengen Stabilitätspolitischen Regeln stets mitgetragen, dabei aber auch auf die Notwendigkeit verwiesen, Wachstum und Beschäftigung

Europäische Globalsteuerung?

als gleichberechtigte Ziele zu betrachten. Für Paris geht es um eine effektive Koordinierung der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, im Zusammenspiel mit der Europäischen Zentralbank einen europaweiten policy-mix zwischen Geld- und Haushaltspolitik zu finden, der günstige Wachstumsbedingungen schafft.⁶ Die Sympathien des neuen deutschen Finanzministers für „eine wirksame Globalsteuerung auf europäischer Ebene“ und für eine Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten auf das Wachstums- und Beschäftigungsziel sind bekannt,⁷ ebenso das Plädoyer seines Staatssekretärs Heiner Flassbeck für eine Stimulierung der Binnenachfrage in Europa.⁸ Es bleibt indessen abzuwarten, inwieweit dies auch die Haltung der gesamten Bundesregierung sein wird.

Bleibt zu fragen, mit welchen Mitteln dies zu erreichen ist. Für Premierminister Lionel Jospin geht es um einen intelligenten *policy-mix* aus Budget- und Geldpolitik, der „auf sehr niedrigen kurzfristigen Zinsen und auf

der Reduzierung der öffentlichen Defizite in Übereinstimmung mit der Notwendigkeit einer global expansionistischen Wirtschaftspolitik“ beruhen soll.⁹ Unsicher sind die Aussichten der von Premierminister Jospin angeregten europäischen Anleihe für Investitionen in europäische Infrastrukturen, die sich an entsprechende Pläne des Weißbuchs von Jacques Delors von 1993 anlehnt.¹⁰ Die von Jospin wie vom neuen Bundesfinanzminister gewünschte Zinssenkung stößt sich derzeit an der ablehnenden Haltung der nationalen Notenbanken wie der EZB. Mehr Chancen hat die von den europäischen Notenbanken angestellte Überlegung, daß sich die kurzfristigen Zinssätze der übrigen Euro-Mitgliedstaaten (Durchschnittssatz in Euro-11: 3,8%) am niedrigen Niveau in Deutschland und Frankreich (3,3% im Oktober 1998) orientieren sollten, was einem Zinssenkungseffekt um 0,5% gleichkäme.¹¹ Ansonsten dürfte die EZB im Interesse der Festigung ihrer Unabhängigkeit und ihrer Glaubwürdigkeit als „Wächter der Stabilität“ in den kommenden Monaten zurückhaltend gegenüber politischen Forderungen nach Zinssenkungen sein.

Im Falle einer sich weiter fortsetzenden Talfahrt des Dollar wird auch die Frage der „richtigen“ Euro-Dollar-Parität wieder neue Brisanz gewinnen. Auch dies war bislang ein Streitpunkt zwischen Paris und Bonn. Welches Interesse haben die Europäer an einem „schwachen“ (d.h. die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exportwirtschaft fördernden) oder im Gegenteil an einem „starken“ (die Preisstabilität stützenden) Euro in Bezug auf den Dollar? Die vor allem in Frankreich gelegentlich geäußerte Präferenz für einen nicht zu starken Euro hat in Zusammenhang mit einer „politischen“ Interpretation der EU-Wechselkurspolitik zu Kontroversen mit Deutschland geführt. Die deutsche Seite wird auch weiterhin keiner Instrumentalisierung der Wechselkurspolitik als (handels-)politisches Instrument zustimmen. Dies wird von der französischen Seite akzeptiert, selbst wenn sie darauf hinweist, daß die künftige europäische Währung einen eminent politischen Charakter habe und man sie deshalb nicht der alleinigen Obhut der Zentralbank(en) überlassen könne. Heute scheint zumindest Einigkeit dahingehend zu bestehen, die Wechselkursrelationen zwischen den großen Währungsblöcken zu stabilisieren und vor erratischen Schwankungen zu bewahren, etwa durch die infor-

12 Vgl. entsprechende Äußerungen von Oskar Lafontaine anlässlich des Besuches von Finanzminister Strauss-Kahn in Saarbrücken, nach Libération v.23.10.98.

13 Libération v. 23.10.98. La Tribune v.23.10.98. Inzwischen sind erste Vereinbarungen auf G7-Ebene erfolgt; vgl. Libération v. 31.10./1.11.98.

14 Gerald Braunberger: Um die Macht in Europa. Über den Franc und die Mark, FAZ v.2.6.98, S.B13.

melle Vereinbarung von Zielzonen besonders im Euro-Dollar-Verhältnis.¹² Hier deuten sich allerdings Kontroversen mit der EZB an.

Handlungsbedarf besteht schließlich in der Frage der Weiterentwicklung des internationalen Wirtschafts- und Währungssystems.

Ein neues Bretton Woods?

Die französische Regierung hat den EU-Partnern in einem Memorandum eine enge wirtschafts- und währungspolitische Kooperation zwischen Europa, den USA und Japan vorgeschlagen und spricht sich darin für eine Erneuerung des internationalen Währungssystems aus (siehe Kasten). Zumindest der neue Bundesfinanzminister hat sich diesen Vorschlägen gegenüber als sehr offen gezeigt und einen regulatorischen Rahmen für die Finanzmärkte gefor-

dert. Strauss-Kahn und Lafontaine haben die Erarbeitung eines gemeinsamen Memorandums auf der Basis des französischen Textes vereinbart.¹³

Es bleibt zu hoffen, daß der sterile Streit um die politische Begleitung der Wirtschafts- und Währungsunion nunmehr einer konstruktiveren Zusammenarbeit Platz macht. Eine verstärkte Rolle der wirtschaftspolitischen Koordinierung innerhalb der Euro-Zone wird sich als unumgänglich erweisen und sollte auch von der deutschen Seite angenommen werden, auch wenn man über die inhaltlichen Konzepte weiter streiten mag. Im übrigen ist mehr Gelassenheit angesagt: „Die Deutschen werden in der Währungsunion von den Franzosen lernen müssen, daß sich nicht hinter jeder kritischen Äußerung an der Geldpolitik ein hinterlistiger gallischer Versuch verbirgt, die Unabhängigkeit der EZB zu unterminieren.“¹⁴

Memorandum der französischen Regierung für eine europäische Initiative angesichts der internationalen Instabilitäten der Finanzmärkte (25.9.98)

Zielsetzungen:

„Die Europäische Union, die sich bisher vor allem den internen Aspekten der Errichtung des Euro gewidmet hat, muß künftig die Verantwortlichkeiten wahrnehmen, die sich aus ihrem weltwirtschaftlichen Gewicht ergibt. Die Eurozone wird eine Einheit mit einem den Vereinigten Staaten vergleichbarem ökonomischen Gewicht sein. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzlage verstärkt die Notwendigkeit, diese Verantwortung wahrzunehmen.“

Vorschläge:

1. Enge Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitiken insbesondere im Rahmen der Euro-11-Gruppe, um das Wachstum zu stützen
2. Enge Koordinierung Europas mit den USA und mit Japan, um das Wachstum und die internationale monetäre Stabilität zu bewahren
3. Zusätzliche Mittel für den IWF
4. Erweiterung der Stabilitätszone des Euro um die übrigen EU-Staaten sowie die Beitrittskandidaten
5. Förderung energischer Reformen in Russland über den IWF und effizientere europäische Hilfen
6. Verstärkung der politischen und strategischen Steuerungsfähigkeit des IWF durch institutionelle Reformen (u.a. Umbildung des Interimskomitees in einen Rat mit erweiterten Kompetenzen)
7. Weiterentwicklung des Dialogs zwischen Industrie- und Schwellenländern
8. Solidität und Transparenz des internationalen Finanzsystems durch verbesserte Überwachung und Informationsflüsse
9. Progressivere, geordnetere Öffnung der Kapitalmärkte in den Schwellenländern
10. Aufrechterhaltung öffentlicher Transfers in Entwicklungsländer
11. Beteiligung des privaten Sektors an der Bewältigung der Krise im Rahmen vereinbarter Gesamtlösungen
12. Verstärkte Rolle Europas in der internationalen Währungskooperation: Euro als Stabilitätsfaktor; Euro-11-Gruppe als Einheit, in der alle entsprechenden, den Euro tangierenden Positionen der EU erarbeitet werden.

Quelle: Web-Site des Finanzministeriums (www.finances.gouv.fr)

15 Vgl. die Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung in diesem Heft.

16 Zitiert nach Libération v.23.10.98

Mehr Gemeinsamkeit zwischen Bonn und Paris könnte sich in der Beschäftigungspolitik ergeben. Hatte die Regierung Jospin auf dem Amsterdamer Gipfel vom Juli 1997 nur gegen starken Widerstand der Bundesregierung erreichen können, die Beschäftigungspolitik als europäische Aufgabe zu verankern, so will die neue Bundesregierung nunmehr „die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellen.“ Die Koalitionsvereinbarung spricht sich für einen europäischen Beschäftigungspakt und für beschäftigungspolitische Leitlinien mit „verbindlichen und nachprüfbaren Zielen“ aus.¹⁵ Damit wird zumindest auf der deklamatorischen Ebene ein Gleichklang mit der französischen Position hergestellt. Der auf dem Luxemburger

Beschäftigungsgipfel von November 1997 eingeleitete Prozeß gemeinsamer Zielvereinbarungen und nationaler Berichte könnte damit eine Verstärkung erfahren. Inwieweit über diese – für sich wichtige – Willenserklärung hinaus wirklich konkrete Aktionen auf europäischer Ebene erfolgen werden, muß vorerst offen bleiben. Ob, wie Strauss-Kahn in Übereinstimmung mit Lafontaine erklärte, die Beschäftigungspolitik hauptsächlich über das Wachstum erfolgen muß, das „das wesentliche Instrument zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von morgen darstellt“,¹⁶ ist allerdings mehr als fraglich. Hier droht eine Überschätzung bzw. Überforderung makroökonomischer Ansätze zur Lösung der Beschäftigungsprobleme.

Agenda 2000 und EU-Finzenzen

17 Europäische Kommission, Generaldirektion XIX: Die Finanzierung der Europäischen Union. Bericht der Kommission über die Finanzierung des Eigenmittelsystems, Brüssel. 7.10.1998.

Die schwierigste Aufgabe für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 besteht zweifellos in der Suche nach einem tragfähigen Kompromiß zur Agenda 2000, d.h. zur Reform der Gemeinschaftspolitiken (Agrar- und Strukturpolitik) und der Ausgestaltung eines neuen mittelfristigen Finanzrahmens der Union für den Zeitraum 2000-2006. Deutschland und Frankreich müssen sich auf Leitlinien für diese Reformen, die als Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung unaufschiebbar sind, verständigen. Hier ist nicht nur mit schwierigen Auseinandersetzungen zwischen Nettozahlern (vor allem Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden) und Nettoempfängerländern (vor allem Spanien, Portugal, Griechenland und Irland) zu rechnen; es zeichnen sich auch erhebliche Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland ab, die durch den Regierungswechsel in Bonn teilweise noch vertieft worden sind.

Zwei zentrale und aufs engste miteinander verknüpfte Dissenspunkte zwischen Paris und Bonn werden derzeit erkennbar:

- Die Bonner Forderung nach einer Senkung der deutschen Nettobeiträge zum EU-Budget.
- Die Reform der EU-Agrarpolitik.

Eine Erfüllung der deutschen Forderung nach einer Senkung seiner Nettobeiträge zum EU-Budget, etwa durch die Einführung

einer Kappungsgrenze für den Nettobeitrag in Höhe von maximal 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Mitgliedsstaats, hätte nicht nur eine Reduzierung der Nettozahlungen zugunsten der jetzigen Empfängerländer zur Folge. Auch der Nettobeitrag Frankreichs, 1997 bescheidene 1,2 Mrd. ECU pro Jahr, würde sich zwangsläufig erhöhen. Da die Einführung einer Kappungsgrenze, wie sie die EU-Kommission als eine von drei Optionen in ihrem Bericht zur Fortentwicklung des EU-Finanzrahmens¹⁷ auf Druck der Geberländer vorgeschlagen hat, einen schweren Verstoß gegen das Prinzip innergemeinschaftlicher Solidarität und der Beitragszahlung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten darstellt, dürfte eine solche Forderung nur sehr schwer durchsetzbar sein. Auch Bundeskanzler Schröder hat in der Vergangenheit stets deutlich gemacht, daß er die Forderung nach einer Reduzierung des deutschen EU-Beitrags voll unterstützt.

Allerdings ist eine wichtige Veränderung in der deutschen Positionsbestimmung abzu sehen. Bisher war die deutsche Position insofern unglaubwürdig und widersprüchlich, als sich die alte Bundesregierung, allen voran Landwirtschaftsminister Borchert, vehement gegen die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Agrarpolitik stemmte. Somit wurde von der Bonner Regierung im wesentlichen die Einnahme-

18 Dokumentiert in: Internationale Politik, Nr. 9/98.

19 S. La Tribune v. 8.10.1988, S. 2.

20 S. Le Monde v. 14.10.1998, S. 3.

21 S. La Tribune v. 8.10.1998, S. 2.

22 S. Le Monde v. 9.10.1998, S. 13.

23 Der Kommissionsvorschlag im Rahmen der Agenda 2000 beinhaltet keine Reduzierung, sondern lediglich eine Umschichtung der Ausgabe von Marktstützungsmaßnahmen zu direkten Einkommensbeihilfen; für diese ist auch keine zeitliche Befristung vorgesehen.

seite des EU-Budgets thematisiert, während sie auf der Ausgabeseite aus wahl-taktischen Motiven die Reformdiskussion blockierte. Die neue Bundesregierung hingegen – dies läßt sich aus Äußerungen Gerhard Schröders in einer Rede vor dem EU-Parlament¹⁸ und auch aus den bekanntgewordenen Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen erkennen – will auch auf der Ausgabeseite ansetzen.

- Zum einen trägt sie die Grundrichtung der Kommissionsvorschläge zur Agrarreform mit – Verminderung von Garantiepreisen und Exportsubventionen und Erhöhung der direkten Einkommensbeihilfen.
- Zum anderen könnte die von der EU-Kommission als eine von drei Optionen vorgeschlagene Kofinanzierung der direkten Einkommensbeihilfen für Landwirte zu einem Viertel aus nationalen Haushalten statt einer vollständigen Finanzierung aus dem EU-Budget ihre Unterstützung finden. Eine Verwirklichung dieses Vorschlags würde den deutschen EU-Beitrag bis zum Jahre 2006 um etwa 680 Mio. Euro senken, da in Brüssel weniger Geld für eine Gemeinschaftspolitik ausgegeben würde, von der Deutschland sehr viel weniger profitiert als andere Mitgliedstaaten.¹⁹

Diese kohärentere Positionsbestimmung in Bonn, die einen Beitrag zur Reduzierung des drückend hohen Gewichts der Agrarausga-

Renationalisierung der Agrarpolitik?

ben im EU-Haushalt leisten könnte, führt jedoch zwangsläufig zu politischen Konflikten mit Frankreich. Angesichts der politischen Sensibilität des Themas Agrarpolitik jenseits des Rheins sollte deren Tragweite nicht unterschätzt werden.

Frankreich hat sich, nachdem die sozialistische Regierung, insbesondere das Finanzministerium, dem Vorschlag einer nationalen Mitfinanzierung der direkten Einkommensbeihilfen für Landwirte nicht von vorneherein ablehnend gegenüberstand, inzwischen auf eine klar ablehnende Haltung festgelegt.²⁰ Für Frankreich wären mit dieser Reform bis zum Jahr 2006 Zusatzkosten in Höhe von etwa 650 Mio. Euro verbunden.²¹ Der Hintergrund für diese Positi-

onsbestimmung ist ein innenpolitischer: Staatspräsident Chirac hat sich eindeutig gegen eine „Renationalisierung der Agrarpolitik“ ausgesprochen und sich als unnachgiebiger Vertreter von Bauerninteressen in Szene gesetzt.²² Die sozialistische Regierung scheint wenig Interesse an einem Konflikt mit Chirac zu haben, in dem sie aufgebracht und demonstrierenden Bauern gegenüberstünde, die volle Rücken-deckung aus dem Elysée-Palast hätten.

Ob sich diese Haltung in den Verhandlungen im kommenden Jahr durchhalten läßt, bleibt abzuwarten. In einer Situation, da die sozialdemokratische Dominanz in der EU vergleichsweise günstige Voraussetzungen für eine mutige Reform der Agrarpolitik schafft, sollte auch Frankreich sich einer Umorientierung der Ausgabenprioritäten in der EU nicht verweigern. Dabei sollte auch die Höhe der Ausgleichszahlungen in Form direkter Einkommensbeihilfen für Landwirte auf den Prüfstand.²³ Nicht jeder „acquis communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand) verdient verteidigt zu werden.

Die von der EU-Kommission skizzierten Alternativoptionen zur Reform der EU-Finanzien – eine Abschaffung des Haushaltsausgleichs für Großbritannien und ein allgemeiner Haushaltskorrekturmechanismus zugunsten der bisherigen Nettobeitragszahler durch Einführung einer Kappungsgrenze für Nettobeiträge zum EU-Budget – dürften eher noch schwieriger zu verhandeln sein als die Reform der Finanzierung der Agrarpolitik. Und auch sie wären für Frankreich mit höheren Überweisungen an die EU-Kasse verbunden.

Die französische Regierung nimmt, was die Finanzierung der EU und die Entwicklung ihrer Eigenmittel anbelangt, eine strukturkonservative Haltung ein. Sie scheint die aufgrund der beschlossenen Osterweiterung der Union unumgänglichen Reformen auf die lange Bank schieben zu wollen – nicht zuletzt um innenpolitische Konflikte im Rahmen der Kohabitation zu vermeiden. Der beigeordnete Minister für Europaangelegenheiten, Pierre Moscovici, hat zu erkennen gegeben, daß Frankreich für die im nächsten Jahr zur Beratung und Beschlußfassung anstehende Periode von 2000 bis 2006 keine Einsparungen im EU-Haushalt anstrebt. Diese würden zu einer Renationalisierung einzelner Gemeinschaftspolitiken führen: „Die Reform muß die Prinzipien der aktuellen Politiken bewahren. [...] Momen-

24 Anhörung des beigeordneten Ministers für Europaangelegenheiten, Pierre Moscovici, vor dem außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, in: Politique étrangère de la France, textes et documents, Mai 1998, S. 170.

25 Ebd.

26 S. seine Rede im Rahmen des Kolloquiums „Erweiterung und institutioneller Reformen in Europa“ in der Nationalversammlung am 4.6.1998, dokumentiert auf dem Web-Site des französischen Außenministeriums (www.france.diplomatie.fr)

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Europäische Einigung“

Die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union ist von zentraler Bedeutung für die deutsche Politik. Die neue Bundesregierung wird den europäischen Integrationsprozeß deshalb mit neuen Initiativen vorantreiben und die deutsche Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 1999 nutzen, um der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union neue Impulse zu verleihen... Besonderes Augenmerk wird sie darauf legen, Reforminitiativen auf nationaler und europäischer Ebene miteinander zu verknüpfen. Die neue Bundesregierung wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellen. Ihr Ziel ist ein europäischer Beschäftigungspakt. In die beschäftigungspolitischen Leitlinien sollen verbindliche und nachprüfbar Ziele, vor allem zum Abbau der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie zur Überprüfung der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, aufgenommen werden. (...)

Die neue Bundesregierung will die gemeinsame europäische Währung zum Erfolg führen. Deshalb wird sie die europäische Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aktiv vorantreiben. Gemeinsame und verbindliche Regelungen gegen Steuer-, Sozial- und Umweltdumping sind dazu unverzichtbar, insbesondere zur effektiven Mindestbesteuerung von Unternehmen und zur Beseitigung von Steueroasen. (...) Eine Hauptaufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft wird die Verabschiedung der Agenda 2000 sein. Die neue Bundesregierung tritt für eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ein. Dabei ist darauf zu achten, daß die Ausgaben der Europäischen Union für die Gemeinsame Agrarpolitik im Zeitablauf zurückgeführt werden. (...)

Die neue Bundesregierung unterstützt die Konzentration der Förderung im Rahmen der europäischen Strukturfonds auf die strukturschwächsten und förderbedürftigsten Regionen. Die Förderung muß vereinfacht, dezentralisiert und stärker an ökologischen Kriterien ausgerichtet sowie beschäftigungswirksamer ausgestattet werden. (...)

Deutschland wird auch künftig einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Europäischen Union und damit zu einem solidarischen Lastenausgleich leisten. Für den Finanzplanungszeitraum von 2000 bis 2006 muß die bisher geltende Obergrenze für den EU-Haushalt in Höhe von 1,27 % des BSP unter Einschluß der Kosten der Osterweiterung beibehalten und möglichst unterschritten werden. Die anstehende Neuregelung der EU-Finzen muß insbesondere durch Reformen auf der Ausgabenseite zu mehr Beitragsgerechtigkeit unter den Mitgliedstaaten führen. (...)

Quelle: Frankfurter Rundschau v.22.10.98, S.26

tan handelt es sich darum, zu bewahren und zu verbessern, ohne grundstürzende Änderungen vorzunehmen“.²⁴ Die wirkliche Reformetappe wird erst nach 2006 ins Auge gefaßt, da die Erweiterung erst dann wirksam würde. Ist diese erfolgt, sieht der Europaminister jedoch die Notwendigkeit eines „budgetären Föderalismus“²⁵ und einer Erhöhung der EU-Eigenmittel über die Grenze der 1,27 Prozent hinaus.²⁶

Die jetzt anstehenden Verhandlungen über den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2000-2006 können gewiß noch nicht alle Antworten auf die mit den Erweiterungsschritten verbundenen finanziellen Herausforderungen geben, zumal die zeitliche Ab-

folge derselben noch ebenso unklar ist wie die Zahl der im nächsten Jahrzehnt aufzunehmenden Beitrittskandidaten. Dennoch sollte die Chance zu ersten substantiellen Korrekturen an den ausgabeintensivsten Gemeinschaftspolitiken - Agrar- und Strukturpolitik - nicht vertan werden. Hier wird sich die französische Regierung noch bewegen müssen.

Osterweiterung und institutionelle Reformen der EU

27 Rede anlässlich des Europartenaire-Kolloquiums am 1.7.1997 in Paris, abgedruckt in: Frankreich-Info v. 8.7.1997 (Franz. Botschaft, Bonn), hier: S. 4.

28 Vgl. die Erklärung Belgiens, Frankreichs und Italiens zum Protokoll des Amsterdamer Vertrages über die Institutionen in der Perspektive einer Erweiterung der EU, abgedruckt in: Politique étrangère de la France, textes et documents, September-Oktober 1997, S. 189.

29 S. seine Anhörung vor dem außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, in: Politiques étrangères de la France, textes et documents, Mai 1998, S. 169.

30 S. sein Interview mit Le Monde v. 16.9.1998.

31 Der französische Europaminister Moscovici plädierte vor dem außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung für ein solches Vorgehen, s. Politiques étrangères de la France, textes et documents, Mai 1998, S. 169.

„Der institutionelle Teil [des Amsterdamer Vertrages] ist sicherlich zutiefst frustrierend, sagen wir es ruhig: enttäuschend, so daß er für die Zukunft sogar ein Problem darstellen wird“, so der französische Europaminister Pierre Moscovici.²⁷ Daß die Bilanz des Amsterdamer Vertrages im Bereich der institutionellen Vorbereitung der EU auf ihre Erweiterung nach Osten so bescheiden ausgefallen ist, ist auch eine Folge der zögerlichen Haltung der damaligen Bundesregierung. So ist die Weigerung Helmut Kohls in den entscheidenden Schlußverhandlungen, Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Asylpolitik zu akzeptieren, von den Partnern – auch in Paris – als Ausdruck einer Kursänderung der deutschen Europapolitik gewertet worden.

In den vergangenen Jahren war geradezu ein Rollentausch zwischen Paris und Bonn zu beobachten. Während der Maastrichter Vertragsverhandlungen war es der Bundesregierung nicht gelungen, eine Parallelität der Fortschritte in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit dem von

Rollentausch zwischen Paris und Bonn

ihr konstant vertretenen Ziel komplementärer substantieller Fortschritte im Aufbau einer Politischen Union mit gestärkten Institutionen zu verwirklichen. Dies nicht zuletzt, weil ein zögerlicher Mitterrand in einigen Bereichen (z.B. der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) weiterhin auf ein starkes Europa mit schwachen Institutionen setzte. Heute sind es die Franzosen, die gemeinsam mit den Italienern und Belgiern eine institutionelle Reform der EU als unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen des Erweiterungsprozesses einfordern.²⁸ Europaminister Moscovici machte deutlich, daß, verbunden mit einer Stimmenneugewichtung zugunsten der bevölkerungsreichen Mitgliedstaaten im Rat, in einigen Bereichen der Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen vonnöten sei; diese sollten zur Regel werden,²⁹ so insbesondere in Fragen der Besteuerung, der industriellen Zusammenarbeit sowie des Umweltschutzes.³⁰ Für die deutsche Seite hingegen schien die Konkretisierung und Durchsetzung von Schritten zur Politischen

Union in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren zu haben. Ein deutsch-französischer Gleichklang in diesen Fragen war nicht zu erkennen – nicht zuletzt aus wahltaktischer Zurückhaltung und aus Furcht vor europapolitischen Grundsatzdebatten. Diese müssen jedoch in beiden Ländern – und verstärkt grenzüberschreitend – geführt werden. Ansonsten droht in Deutschland eine Koalition von Euroskeptikern und Markteuropäern Oberwasser zu gewinnen, für die mit der Vollendung des Binnenmarktes und der erfolgreichen Einführung des Euro das Ende der Integrationsbemühungen erreicht ist. Deren Position wird durch die Osterweiterung noch deutlich gestärkt, wenn bis dahin nicht eine Reform der Institutionen beschlossen und Fortschritte in der politischen Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion erzielt werden können.

Der Beschluß anlässlich des ersten Besuchs Gerhard Schröders in Paris unmittelbar nach der Bundestagswahl, eine deutsch-französische Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzusetzen, weist in die richtige Richtung. Auch verdient die Idee, einen „Rat der Weisen“ mit der Ausarbeitung von Reformvorschlägen zu beauftragen, Unterstützung von beiden Ländern.³¹ Wer wäre besser als Präsident eines solchen „comité des sages“ geeignet als der frühere EU-Kommissionspräsident Delors? Wird die neue deutsche Bundesregierung – trotz nationaler Töne Schröders im Wahlkampf – die klare Bereitschaft zeigen, die institutionelle Weiterentwicklung der Union gemeinsam mit Frankreich, Italien und Belgien voranzutreiben, die Anwendung von Mehrheitsentscheidungen – bis auf wenige Ausnahmen – zur Regel zu machen und somit das föderalistische commitment der deutschen Europapolitik unzweideutig zu erneuern? Sollte vor den ersten Erweiterungsschritten keine Einigung über die Stärkung der EU-Institutionen erreicht werden, so könnte der in den vergangenen Jahren deutlich sichtbar gewordene Trend zur Renationalisierung in der EU mittelfristig die Oberhand zu gewinnen. Deutschland kann nicht das geringste Interesse an einer solchen Entwicklung haben. Und nur wenn die neue Bundesregierung sowohl bei der politischen Flankierung der Währungsunion als auch in den sehr heiklen (Macht-)Fragen der institutionellen Fortentwicklung der EU einen

möglichst großen Fundus an Gemeinsamkeiten mit Frankreich aufbauen kann, wird es ihr in anderen Bereichen - EU-Finzen und Reform der Agrarpolitik - möglich sein, absehbare Konflikte mit Frankreich auszuhalten, ohne die bilaterale Sonderbeziehung zu Paris zu beschädigen.

In schwierige Fahrwasser gerieten die deutsch-französischen Beziehungen hingegen, wenn ein demonstrativ zur Schau gestelltes neues Selbstbewußtsein der

Kein schlüssiges deutsches Konzept

Berliner Republik, ein kompromißloses Pochen auf Verminderung des deutschen Nettobeitrags zur EU-Kasse, ein unvermindertes Drängen auf eine rasche EU-Osterweiterung ohne vorherige institutionelle Reform an Haupt und Gliedern zusammenträgen. Dies würde all denjenigen Recht geben, die vor einer in Form und Substanz stärker „britischen“ Europapolitik Deutschlands warnen. In Anbetracht des mit der Osterweiterung verbundenen politischen Gestaltungsbedarfs auf EU-Ebene und auch angesichts des von der neuen Bundesregierung bekundeten Willens zur politischen Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion kann und darf dies nicht die Entwick-

lungsrichtung deutscher Europapolitik sein. Bislang ist seitens der neuen Regierungsparteien und von Bundeskanzler Schröder noch kein schlüssiges Konzept und keine überzeugende und vorwärtsweisende Strategie zur Vertiefung der europäischen Integration als notwendiges Gegenstück zur Euro-Einführung und der Ost-Erweiterung erkennbar geworden. Stattdessen waren während des Wahlkampfs eher nationale und defensive Töne zu hören: Reduzierung des deutschen Nettobeitrags zum EU-Budget, Betonung der Subsidiarität, Ankündigung einer verstärkten Verteidigung „nationaler Interessen“ in der EU oder auch die Hinweis auf die Notwendigkeit langer Übergangsfristen für die Beitrittskandidaten, deren Arbeitnehmer auf die Freizügigkeit im Binnenmarkt noch lange warten müßten. Der Hinweis auf den notwendigen Pragmatismus bei der Bewältigung der vor der EU stehenden Aufgaben enthebt die neue Regierung jedoch nicht der Verantwortung, über die konzeptionellen Grundlagen der Weiterführung des Integrationsprozesses in einem radikal veränderten Umfeld nachzudenken. Allein die Kontinuität der deutschen Außen- und Europapolitik zu betonen, greift zu kurz. Die Notwendigkeit einer Grundsatzdebatte und einer vertieften deutsch-französischen Verständigung über Zukunft, Ziele und Methoden der europäischen Einigung wird derzeit in Paris deutlicher gesehen als in Bonn.

Voraussetzungen einer deutsch-französischen Relance

Eine Neuorientierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit ist möglich, aber auch dringend notwendig - nicht um liebege-wordener deutsch-französischer Rituale willen, sondern weil die europäische und internationale Agenda keinen Aufschub gewährt. Die Bewältigung der Krise auf den internationalen Finanzmärkten, die Überprüfung der EU-Politiken im Rahmen der Agenda 2000 und die Neuordnung der EU-Finzen, die Reform der Institutionen, der Start des Euro - dies alles erfordert Mut und Führungskraft. Bonn wie Paris müssen wieder mehr Kohärenz in ihre von Widersprüchen nicht freien Erwartungen und Forderungen an die EU bringen.

Dies gilt zum einen für Frankreich, wo die quälenden Debatten um die im Frühjahr

1999 anstehende Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages die anhaltenden Schwierigkeiten der politischen Klasse bezeugen, die Entscheidung für die europäische Integration mit Nachdruck zu vertreten. Der tradierte französische Widerspruch, ein starkes Europa mit schwachen Institutionen zu wollen und dabei an überkommenen Souveränitätsvorstellungen festzuhalten, ist zwar in neuerer Zeit durch positivere Signale gemildert, aber nicht wirklich aufgelöst worden. Darüber hinaus droht Frankreich ein schwieriger Zielkonflikt in der Agrarreform.

Dies gilt auch für die deutsche Seite, die in den letzten Monaten aus Bonn wie aus einigen Landeshauptstädten verwirrende Signale ausgesandt hat. Der Ruf nach gerin-

32 Daniel Vernet bemerkt zutreffend: „... die Idee eines neuen deutsch-französischen Vertrags kam immer dann auf, wenn man nicht mehr weiter wußte.“ Daniel Vernet: Ungewißheiten in der Europapolitik, in: Internationale Politik Nr.9/1998, S.3.

33 Joscha Fischer, Interview in Libération v.26.10.98

geren deutschen Finanzbeiträgen ersetzt ebenso wenig ein Gesamtkonzept für den weiteren Ausbau der Europäischen Union wie der inflationäre Gebrauch des Zauberwortes Subsidiarität.

Neue Impulse könnten sich daraus ergeben, daß die Gemeinsamkeiten zwischen Paris und Bonn zu Fragen der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion oder zu einer abgestimmten Beschäftigungspolitik größer geworden sind. Aber auch hier ist vor Illusionen zu warnen. Eine abgestimmte Globalsteuerung in Europa mag ein wichtiger neuer Impuls für die Stützung des europäischen Wachstums sein; sie kann aber schwierige strukturelle Reformen in beiden Ländern nicht ersetzen. Darüber hinaus haben sich unterschiedliche Wirtschaftsphilosophien dies- und jenseits des Rheins nicht einfach in Wohlgefallen aufgelöst. Jüngste Beispiele – wie der Streit um die Börsenkooperation Frankfurt-London oder die Forderungen von DASA und British Aerospace nach einer vollständigen Privatisierung von Aérospatiale im Vorfeld der Airbus-Fusion – zeigen überdies, daß im Bereich der Unternehmenskooperation deutsche und französische Partner nicht ohne weiteres zueinander finden. Dies beeinträchtigt die industrielle Zusammenarbeit und gibt neue Anlässe für Mißstimmungen, die nicht von den Regierungen, sondern von unterschiedlichen Orientierungen der wirtschaftlichen und sozialen Akteure ausgehen.

Schließlich ist es dringlich, die politische Fundierung der Europäischen Union zu erneuern. Die zu erwartenden harten Interessenkonflikte können nur dann ausgehal-

Neue Dialogformen

ten und ausgetragen werden, wenn das Fundament der politischen Union stimmt. Auch hier sind beide Seiten weit davon entfernt, kohärente Antworten zu geben.

Welches Europa soll es sein? Welche Gewichtung zwischen Marktintegration und politischer Steuerung, zwischen europäischer und nationaler Handlungskompetenz wird angestrebt?

Um diese und andere Fragen beantworten zu können, bedarf es keines neuen Elysée-Vertrages³² und keiner neuen Institutionen, sondern des politischen Willens beider Regierungen, die anstehenden Aufgaben gemeinsam zu lösen.

Indessen wird eine Relance des politischen Voluntarismus nicht ausreichen. Die angesprochenen Kernfragen betreffen nicht nur die beiden Regierungen. Denn „das Problem zwischen Frankreich und Deutschland stellt sich nicht so sehr auf der Ebene der Beziehungen zwischen Staaten. Es besteht vielmehr zwischen den Gesellschaften, den Intellektuellen, den öffentlichen Meinungen...“.³³ Wir brauchen deshalb neue Formen eines grenzüberschreitenden Dialogs, des Austausches von Erfahrungen, der – durchaus kontroversen – Auseinandersetzung um Konzepte und Lösungen, an der alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte beteiligt sein müssen.

Die ersten Erfahrungen mit entsprechenden deutsch-französischer Dialogforen im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – etwa mit der vom Deutsch-Französischen Institut gemeinsam mit dem Commissariat général du Plan ins Leben gerufenen Reflexionsgruppe zu Standort- und Wirtschaftsfragen – stimmen zuversichtlich. Gewiß – solche Dialoge können gemeinsames Handeln nicht ersetzen. Gemeinsames Handeln aber setzt gemeinsames Nachdenken voraus – auch und gerade zwischen zwei Ländern mit immer noch unterschiedlichen Staats-, Wirtschafts- und Sozialkulturen. Dieser Ansatz setzt – zugegebenermaßen optimistisch – auf die Kraft der Bürgergesellschaft und auf die Möglichkeit transnationaler Lernprozesse, auf die Fähigkeit, vom Nachbarn zu lernen und die jeweiligen Erfahrungen für das gemeinsame Zukunftsprojekt fruchtbar zu machen.

Aktuelle Publikationen des DFI

Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg./ Hrsg.: Hans Manfred Bock. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 492 S.

Frankreich-Jahrbuch 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin u.a. Red.: Joachim Schild. / Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 290 S.

Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten/ Hrsg. von Renate Köcher und Joachim Schild. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 388 S.

Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert. / Hrsg. von Robert Picht u.a. - München: Piper, 1997. - 394 S.

René Lasserre / Joachim Schild / Henrik Uterwedde: Frankreich - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. - Opladen: Leske und Budrich, 1997. - 256 S. (Grundwissen Politik. Bd 19).

Wolfgang Neumann / Henrik Uterwedde: Abschied vom Zentralismus? Neue regionale Modernisierungspolitiken in Frankreich. - Stuttgart: IRB Verlag 1997. - 157 S.

Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. / Red.: Axel Sauder, Joachim Schild / Hrsg. von: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC); Deutsch-Französisches Institut (DFI); Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); Institut Français des Relations Internationales (IFRI). - Opladen: Leske und Budrich, 1995. - 388 S.

Die Aktuellen Frankreich Analysen des DFI

Die Aktuellen Frankreich Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Joachim Schild

Herausgeber:

Deutsch-Französisches Institut

Asperger Straße 34, D-71634 Ludwigsburg

Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0

Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50

E-mail: dfi-lb@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten unter folgender Adresse:

<http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienene Aktuelle Frankreich Analysen:

R. Picht: Deutsch-französischer Hochschulaustausch: Stand und Perspektiven, Oktober 1998. - 12 S.

K. Forster: Perspektiven deutsch-französischer und europäischer Rüstungskoope-ration, Juni 1998. - 12 S.

J. Schild: Front National - Spaltpilz für die bürgerliche Rechte, April 1998. - 12 S.

W. Neumann: Arbeitsmarktpolitik à la française - Gehen Frankreichs Uhren anders?, Dezember 1997. - 12 S.

H. Uterwedde: Wohin steuert Frankreich? Der wirtschafts- und europapolitische Kurswechsel der Regierung Jospin, Juli 1997. - 12 S.

J. Schild: Durchbruch in der Deutsch-Französi-chen Sicherheitskooperation?, März 1997. - 12 S.